

Herrn
Gerd Sendlhofer, MBA

Geschäftszahl: 2021-0.046.929

9. März 2021

Sehr geehrter Herr Sendlhofer, MBA!

Das Servicebüro des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) dankt für Ihr Schreiben vom 20. Jänner 2021.

Grundsätzlich entspricht es nicht der Wahrnehmung des BMK, dass das Thema Klimaschutz durch die Corona Pandemie ins Hintertreffen geraten ist. Sowohl auf europäischer Ebene als auch national versucht unser Haus mit aller Kraft, die finanziellen Unterstützungen für den Weg aus der Krise zu bündeln und zwei zentrale Ziele zu verfolgen: die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen und gleichzeitig Investitionen in Klimaschutztechnologien bzw. in die Energiewende zu lenken. Noch nie zuvor standen uns so hohe Summen für den Klimaschutz zur Verfügung: In Österreich für die Jahre 2021 und 2022 jeweils eine Milliarde Euro allein an nationalen Mitteln – für wichtige Initiativen wie Gebäudesanierung, Ausstieg aus fossilen Heizsystemen, E-Mobilität und Innovationen in der Industrie.

Förderungsinitiativen sind aber nicht genug. Damit es zu einer breit angelegten Energiewende kommt, braucht es weitere wichtige Weichenstellungen. Das Erneuerbaren-Ausbaugesetz, das jetzt in der Zielgeraden ist, wird beispielsweise sicherstellen, dass wir bis 2030 ohne fossile Brennstoffe zur Abdeckung des Strombedarfs in Österreich auskommen. Dazu braucht es auch mehr Investitionen in die Energieeffizienz. Auch dazu ist ein Gesetzesvorhaben in Umsetzung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie in Vorbereitung.

Nicht zuletzt kann die langfristige Transformation nur funktionieren, wenn wir CO₂ konsequent einen effektiven Preis geben. Mit 2022 wollen wir daher im Einklang mit dem Regierungsprogramm den CO₂-Preis zur Umsetzung bringen - aufkommensneutral und sozial gerecht. Die technischen Vorbereitungen dazu laufen, der politische Entscheidungsprozess wird aber mit Sicherheit nicht einfach werden.

Parallel dazu werden gegenwärtig auf europäischer Ebene wichtige Entscheidungen getroffen. Der Europäische Rat hat bei seinem Gipfel im Dezember 2020 beschlossen, das gemeinsame Klimaziel bis 2030 deutlich nachzuschärfen – auf netto mindestens -55% gegenüber 1990. Dazu werden nun von der Europäischen Kommission Rechtsetzungsvorschläge ausgearbeitet, die im Juni dieses Jahres vorgelegt werden sollen. Wir zählen bei diesen Diskussionen zu den engagiertesten Mitgliedstaaten, weil uns fortschrittliche europäische Vorgaben (etwa in Bezug auf CO₂-Standards für PKW und Nutzfahrzeuge) wesentlich bei unseren nationalen Bemühungen im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität bis 2040 unterstützen.

Zuletzt erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, dass Klimaschutz den Menschen in Österreich nach wie vor und ungebremst ein wichtiges Anliegen ist. Wie aktuelle Umfrageergebnisse zeigen, befürworten viele Menschen das „Rausinvestieren“ aus der Krise in den Klimaschutz – der Rückhalt in der Gesellschaft ist also vorhanden.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit dieser Information behilflich sein konnten und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Servicebüro

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität, Innovation und Technologie